

**Deutscher Bundestag  
Finanzausschuss**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Mankel, MBA  
Der Geschäftsführer**  
Phone: 0201/879 69-11  
Email: [c.mankel@dgfdb.de](mailto:c.mankel@dgfdb.de)

Essen, den 04.10.2024

**Schriftliche Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen e. V.  
(DGfDB) zur öffentlichen Anhörung in der 100. Sitzung des Finanzausschusses  
am Montag, den 07.10.2024:**

- „Entwurf eines Jahressteuergesetzes (JStG) 2024“  
(BT Drucksache 20/12780)

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Rainer,  
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Finanzausschusses,

flankierend zu der bereits am 02.10.2024 eingegangenen und von uns explizit unterstützten schriftlichen Stellungnahme der Bäderallianz Deutschland treten wir an Sie heran.

Die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V. (DGfDB) ist als Gründungsmitglied und Teil der Bäderallianz Deutschland mit ihren Stand 01.09.2024 1.621 Mitgliedern die wichtigste Betreiberplattform Deutschlands und vielleicht Europas für Bäderfragen.

In unserem regelwerkgebenden Fach- und Dachverband sind Betreiber und Mitarbeiter öffentlicher Bäder, Architekten, Ingenieure, Schwimmbadbauer, Hersteller von Badausrüstungen und Verbände im Bereich der „Bäderszene“ zusammengeschlossen, um Kompetenzen zu bündeln, Interessen zu vertreten und Hilfe für alle am Badewesen Interessierten zur Verfügung zu stellen. Als größte Mitgliedergruppe profitieren dabei alleine über 1.000 Städte, Gemeinden, kommunale Unternehmungen, Versorgungsunternehmen und Bäderbetriebsgesellschaften von unserem Service.

Gleichermaßen existieren aus dem Verband heraus regionale Gremien, sodass wir diese Stellungnahme in enger Abstimmung mit den Arbeitsgemeinschaften der Länder erstellt haben und den **Bundesratsbeschluss (BR Drucksache 369/24) vom 27.09.2024** in der von Ihnen zu beratenden Thematik JStG 2024 begrüßen.

Wir schließen uns der aus dem vorgenannten Beschluss hervorgehenden Bitte der Länder an, im JStG vorerst auf eine Neureglung des § 4 Nr. 22 UStG zu verzichten.

Die kommunalen Schwimmbäder als Teil des öffentlichen Sektors in Deutschland stehen für Gemeinwohl und Daseinsvorsorge. Dabei sind Ansprüche und Erwartungen in Zeiten der „Vielfachkrise“ nicht kleiner geworden.

Kurzfristige Entlastungen im Betrieb von Sportanlagen für Kommunen durch den möglichen Wegfall der Umsatzsteuer, sowie mögliche günstigere Überlassung an Sportvereine oder private Nutzerinnen stünden in keinem Verhältnis zu den bevorstehenden Problemen.

Wir erwarten, dass Sanierungen, Modernisierungen, Neubauten und alle weiteren baulichen Tätigkeiten erheblich erschwert werden würden und warnen vor dem Hintergrund eines massiven Sanierungsstaus in den Schwimmbädern in Deutschland vor den möglichen Auswirkungen.

Schwimmen und die dafür notwendige Bereitstellung von ausreichend Wasserflächen verbindet Sport- und Kulturaufgabe, deren Finanzierung im Sinne des übergeordneten Gemeinwohls (Public Value) auch in finanziell schwierigen Zeiten sichergestellt werden muss.

Die DGfDB steht nach der Anhörung gemeinsam mit Herrn Kollegen Prof. Dr. Christian Kuhn von Seiten der Bäderallianz Deutschland für weitere Gespräche bzw. Informationen zur Verfügung und bietet einen künftigen Austausch mit und in den Parlamentsfraktionen an.

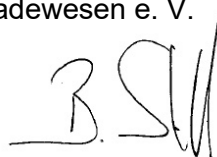
Mit dem Schlusssatz möchten wir an den ehemaligen Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen (1934 - 2014), erinnern, der zu Recht darauf hinwies „Schwimmen ist ein Menschenrecht!“

Freundliche Grüße

Ihre Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V.

Handwritten signature of Dr. h. c. Fritz Schramma in black ink.

Dr. h. c. Fritz Schramma  
Präsident

Handwritten signature of Berthold Schmitt in black ink.

Berthold Schmitt  
Vorsitzender

Handwritten signature of Christian Mankel in black ink.

Christian Mankel  
Geschäftsführer

Kontakt:

Christian Mankel, Geschäftsführer der DGfDB  
E-Mail: [c.mankel@dgfdb.de](mailto:c.mankel@dgfdb.de) / Mobil: +49 151 72195933